

„Die vergleichende Geschichtsbetrachtung wird, wenn sie leichter kennenzulernen und zu handhaben ist, mit ihrem Geist lokale Untersuchungen beleben, ohne die sie nichts vermag, doch die auch ohne die vergleichende Methode zu nichts führen. Mit einem Wort: hören wir auf, in alle Ewigkeit von Nationalgeschichte zu Nationalgeschichte zu plaudern, ohne uns zu verstehen.“

Marc Bloch¹

Peter Friedemann / Karl Lauschke

Regionalgesellschaftliche Dimensionen des Strukturwandels in vergleichender Perspektive

Das Ruhrgebiet und die Region Nord-Pas-de-Calais sind beide maßgeblich von traditionellen Industrien geprägt, also von den die Industrialisierung in ihren Ländern tragenden Branchen. Sie verkörperten als „pôles de croissance“ (François Perroux) nicht nur lange Zeit die wirtschaftliche Stärke ihrer Nationen, sondern bildeten mit ihrer Industrie auch das Fundament des nach Ende des Zweiten Weltkriegs forcierten europäischen Integrationsprozesses.² Mit dem Niedergang ihrer Industrien – ab Ende der 1950er Jahre zunächst der Textilindustrie und des Steinkohlenbergbaus und später ab den 1970er Jahren auch der Eisen- und Stahlindustrie – gerieten beide Regionen in eine tief greifende, ja existenzbedrohende Krise. Sie wurden ihrer herkömmlichen sozial-ökonomischen Grundlage beraubt und so gezwungen, mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln und Ressourcen und unter den gegebenen politischen Konstellationen nach neuen Möglichkeiten und Perspektiven zu suchen. Diesen langwierigen und auch noch keineswegs abgeschlossenen Strukturwandel haben beide Wirtschaftsräume auf unterschiedliche Weise und mit unterschiedlichem Erfolg durchlaufen.

Welchen Weg schlugen die Regionen ein? Welche Bedingungen, Strukturen und Akteure erschwerten, behinderten oder blockierten diesen Prozess? Welche erleichterten, begünstigten oder förderten ihn? Wie unterschiedlich wirkte sich der Strukturwandel „innerregional“ aus?

- 1 Marc Bloch, Für eine vergleichende Geschichtsbetrachtung der europäischen Gesellschaften (1928), in: Matthias Middell/Steffen Sammler (Hg.), Alles Gewordene hat Geschichte. Die Schule der ANNALES in ihren Texten 1929–1992, Leipzig 1994, S. 121–167, hier S. 159.
- 2 Daran erinnert zu Recht René Leboutte, Pour une histoire des bassins industriels en Europe, in: ders./Jean-Paul Lehnert (Hg.), Passé et Avenir des Bassins Industriels en Europe, Luxembourg 1995, S. 1–26; vgl. Dietmar Petzina, Die Formierung einer europäischen Region. Probleme und Prozesse in NRW in den fünfziger Jahren, in: Wilfried Loth/Peter Nitschke (Hg.), NRW in Europa. Probleme und Chancen des Standorts, Opladen 1997, S. 39–50.

Warum bewältigten ihn bestimmte Zonen innerhalb der Region besser, und warum blieben andere dahinter deutlich zurück?

Eine weitere, zu den Anfängen des europäischen Integrationsprozesses zurückreichende Überlegung schließt sich an. Ist mit der Krise der traditionellen Großindustrien auch die Krise der ursprünglichen Intention des europäischen Einigungsprozesses verbunden? Oder ist es sogar eher umgekehrt? Haben die gemeinsamen Erfahrungen im Umgang mit der Krise die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit und damit des europäischen Einigungsprozesses unterstrichen? Aus historiographischer Sicht begegnen einem wiederholt Untersuchungen, in denen nach gemeinsamen Grundlagen, nach kollektiven Standards und Normen gefragt wird, die als Legitimitätsquellen eines demokratischen und lebendigen europäischen Projektes dienen können.³ Kann ein regionalgesellschaftlicher und vergleichender, gleichsam „außerregionaler“ Forschungsansatz die Wandlungsfähigkeit traditioneller Industrieregionen differenzierter erfassen? Ist es möglich, mit Blick auf das europäische Projekt, zu Aussagen zu gelangen, die mehr zu leisten vermögen als die eher transnationalen Vergleichsstudien über – im Übrigen – längere Zeiträume mit dem Schwerpunkt auf dem 19. Jahrhundert⁴ oder das gelegentlich instrumentalisierte „Projekt der Zivilgesellschaft“⁵ Selbstverständlich handelt es sich hier um noch vorläufige Überlegungen.⁶

Voraussetzungen

Beide Regionen waren in ihren Ausgangsbedingungen nicht gleich, sondern weisen trotz ihres altindustriellen Charakters manche Unterschiede auf.⁷ Das Ruhrgebiet ist mit rund 5,4 Mio. Einwohnern (1981) auf einer Fläche von lediglich 4.432 km² zwar ein sehr dicht besiedelter Agglomerationsraum, aber polyzentral strukturiert mit ausgeprägter Konkurrenz un-

3 Vgl. Carl Joachim Friedrich, Politische Dimensionen der europäischen Gemeinschaftsbildung, Köln/Opladen 1968; ders., Europa im Werden?, Bonn 1972; Markus Jachtenfuchs, Die Konstruktion Europas. Verfassungsideen und institutionelle Entwicklung, Baden-Baden 2002.

4 G. Motzkin, Säkularisierung, Bürgertum und Intellektuelle in Frankreich und Deutschland während des 19. Jahrhunderts, in: Jürgen Kocka/Ute Frevert (Hg.), Bürgertum im 19. Jahrhundert, Bd. 3 (1988), S. 141–174; vgl. die Aufsatzsammlung in: Ute Frevert/Heinz-Gerhard Haupt (Hg.), Der Mensch des 19. Jahrhunderts, Frankfurt/New York 1999.

5 Vgl. Jürgen Kocka, Zivilgesellschaft als historisches Projekt: Moderne europäische Geschichtsforschung in vergleichender Absicht, in: Carl Dipper u. a. (Hg.), Europäische Sozialgeschichte. Festschrift für Wolfgang Schieder, Berlin 1999, S. 475–484; Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hg.), Neues über Zivilgesellschaft aus historisch-sozialwissenschaftlichem Blickwinkel, Berlin 2001.

6 Die in diesem Heft abgedruckten kurzen Beiträge gehen auf eine Tagung in Bochum im September 2002 zurück. In weiteren Schritten, zunächst im Rahmen einer Tagung im November 2003 in Lille, sollen sie von einem jetzt konstituierten deutsch-französischen Forschungsteam fortgesetzt werden.

7 Die folgenden Daten sind im wesentlichen entnommen aus Klaus R. Kunzmann, Die Chancen des Ruhrgebietes: Ein Vergleich der Regionen North West in Großbritannien und Nord-Pas-de-Calais in Frankreich, Dortmund, März 1988.

ter den Großstädten des Reviers. Es bildet bis heute keine selbständige administrative Einheit oder einen handlungs- und durchsetzungsfähigen Verband, sondern ist vielfach zerschnitten und wird weitgehend von außen verwaltet. Aufgrund seiner wirtschaftlichen und politischen Bedeutung wurde es jedoch spätestens seit dem Regierungswechsel 1966 vom Land bevorzugt behandelt. Stärker noch als andere Regionen war das Ruhrgebiet, das zu Beginn der Industrialisierung kaum noch an vorindustrielle Handels- und Gewerbetradition anknüpfen konnte, monostrukturell auf den Bergbau und die Eisen- und Stahlindustrie ausgerichtet; andere Branchen hatten es lange Zeit sehr schwer, sich hier anzusiedeln, ganz zu schweigen von Dienstleistungsunternehmen.

Die Region Nord-Pas-de-Calais ist mit etwa 3,9 Mio. Einwohnern (1982) auf einer fast dreimal so großen Fläche wie das Ruhrgebiet insgesamt ländlich-kleinstädtischer strukturiert, mit einem Zentrum im Ballungsraum Lille-Roubaix-Tourcoing. Dank ihrer besonderen Küsten- und Grenzlage aber auch dank des Textilgewerbes kann sie auf eine lange und stolze wirtschaftliche Tradition zurückblicken, die bis weit in die vorindustrielle Zeit zurückreicht. Im Vergleich zum Ruhrgebiet ist die Region von vornherein diversifizierter gewesen, da neben Zechen und Hüttenwerken hier zahlreiche Textilunternehmen beheimatet waren, auch wenn die Standorte der verschiedenen Branchen räumlich viel stärker voneinander getrennt waren. Seit 1972 bildet die Region zudem eine der Regionen Frankreichs mit begrenzten Selbstverwaltungsrechten.

Regionale Produktionsmilieus

Die Industrialisierung ist wie der Strukturwandel ein ausgesprochen regionales Phänomen. Sie wird durch besondere Standortfaktoren, etwa Rohstoffvorkommen, Verkehrsanbindung usw., erklärt, die den Unternehmen gewinnbringende Investitionsmöglichkeiten versprechen. Auf der Basis dieser spezifischen Bedingungen entwickelte sich ein „industrial district“ (Alfred Marshall), also ein charakteristischer, sich von den benachbarten Gebieten abhebender Lebensraum, dessen ökonomische, soziale, politische und kulturelle Elemente auf die regionalen Führungsbranchen abgestimmt waren und den Unternehmen darüber hinaus durch die räumliche Nähe zu Zuliefer- oder Weiterverarbeitungsbetrieben, zu Bildungs- und Forschungseinrichtungen, durch gemeinsame Vermarktungschancen usw. Agglomerationsvorteile verschafften. Indem die Industrie diese Standortfaktoren erfolgreich für sich nutzen und im Laufe der Jahrzehnte weiter ausbauen konnte, reproduzierte sich die Region in ihrer Struktur, und in dem Maße, wie sich die komplementären Beziehungen auf diese Weise festigten, verringerte sich die Kraft und Neigung, neue, innovative Wege einzuschlagen. Mehr noch, man widersetzte sich allzu Neuem, weil darin eine Gefahr für die bewährte Ordnung gesehen wurde, und die regionalen Strukturen sklerotisierten. Die Entwicklungsmöglichkeiten der Region waren auf einen bestimmten Pfad festgelegt und eingegrenzt. Solange die industriellen Leitsektoren prosperierten und Wachstumsimpulse von ihnen ausgingen, profi-

tierte die Region davon, aber sobald sie ihre Dynamik einbüßten und in die Krise gerieten, wurden aus den vormals günstigen Standortfaktoren, soweit sie nicht polyvalent, also vielseitig nutzbar sind, nun Barrieren für eine wirtschaftliche Neuausrichtung der Region, d.h. materielle oder mentale „Altlasten“, die einem notwendigen Wandel im Wege stehen. Die Region wurde damit gleichsam zur Gefangenen ihres eigenen früheren Erfolgsmodells.

Die Vorstellung, als durchliefen Regionen analog zu den industriellen, auf bestimmten Technologien basierenden Leitsektoren einen irreversiblen Lebenszyklus, der nach Geburt, Wachstum und Blüte stets in Alterung, Niedergang und Siechtum ende, geht davon aus, dass die Branchenstruktur über Wohl und Wehe der Region entscheidet und darüber hinaus zwischen „alten“ und „jungen“ Industrien strikt getrennt werden kann. Zur Sicherung dauerhaften wirtschaftlichen Wachstums bemühen sich die Regionen infolgedessen beinahe unterschiedslos um die Ansiedlung „zukunftsträchtiger“ Industrien. Aber welche Unternehmen sind das? Gerade die Hightechbranche ist sehr heterogen, durchzieht mit ihren Innovationen fast alle wirtschaftlichen Bereiche und verändert sie nachhaltig. Scheinbar alte Produkte werden „verjüngt“, und angeblich überlebte Wirtschaftszweige erhalten neue Impulse, die ihre Wettbewerbsfähigkeit und Rentabilität sichern, auch wenn das mit einem geringeren Beschäftigungsvolumen verbunden ist.

In dem Maße, wie die klassischen Standortfaktoren, die noch für die Industrialisierung relevant waren, im Übergang zur „société méta-industrielle“ (René Leboutte) an Bedeutung verloren haben, scheinen nunmehr immaterielle, im Prinzip an jedem beliebigen Ort verfügbare Faktoren, also Wissenschaft und Technik, menschliche Intelligenz u.Ä., maßgeblicher für Investitionsentscheidungen zu werden. Die Annahme, die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien hätten den Raum aufgehoben, täuscht jedoch. Hightechunternehmen lassen sich nicht an jedem beliebigen Ort implantieren, sondern können sich je nach ihrem spezifischen Profil dauerhaft nur in einem entsprechenden sozioökonomischen und -kulturellen Umfeld entfalten, das in der Lage ist, gleichermaßen qualifizierte Arbeitskräfte wie anwendungsbezogene Forschungspotentiale bereitzustellen oder kontinuierliche, entwicklungsleitende Kundenkontakte zu ermöglichen. Weit davon entfernt, einfach nur „passive Resonanzkörper“ (Dieter Läßle) zu sein, zeichnen sich Regionen durch ebenso unverwechselbare wie konstitutive Eigenarten aus. Bei einem Strukturwandel kann es sich daher nicht um einen völligen Bruch mit der industriellen Vergangenheit handeln, also darum, „de remplacer de ‚vieilles industries‘ par de ‚modernes‘, mais de régénérer“, oder mit anderen Worten, „de rééquilibrer les activités régionales par la modernisation, l’introduction de nouvelles branches, l’exploitation du savoir-faire local“.⁸ Ohne endogene Potentiale, an denen sie sich anlagern können, und ohne Akteure vor Ort, die sich ihrer annehmen, gehen Anstöße und Hilfen von außen fehl.

⁸ Leboutte, S. 7.

Wie gezeigt werden kann, sagt die Branchenstruktur allein nichts über die Fähigkeit oder Unfähigkeit einer Region aus, ökonomischen Veränderungen erfolgreich zu begegnen, sich entsprechend zu wandeln und so zu revitalisieren.⁹ Neben materiellen Standortfaktoren wie geeignete Gewerbeflächen oder ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte haben auch Einstellungen und Mentalitäten darauf Einfluss, etwa die Bildungsmotivation und die Bereitschaft zur beruflichen Mobilität innerhalb der Bevölkerung oder auch das Selbstverständnis der Region bzw. die öffentliche Diskussion und Deutung ihrer Problemlagen. Von entscheidender Bedeutung sind nicht zuletzt die Akteure sowohl in wie außerhalb der Region und ihr konkretes Zusammenspiel bei der Durchsetzung ihrer Interessen, also – politikwissenschaftlich gesprochen – die „politics“. Zu den Akteuren zählen vor allem die verschiedenen staatlichen Ebenen, angefangen bei den Kommunen bis zur Zentralregierung und darüber hinaus den supranationalen, europäischen Organen, die Unternehmen, seien sie mit ihrem Hauptsitz in der Region vertreten oder nur mit einer Niederlassung, und schließlich die Verbände, namentlich die Gewerkschaften, die mit ihrer Politik den Wandel unterstützen oder umgekehrt durch die Verteidigung überholter Verhältnisse auch hemmen können. Mehr noch als Letztere bestimmen jedoch Unternehmen über Verlauf und Erfolg des Strukturwandels mit; je nach Strategie stützen sie sich entweder verstärkt auf ihre Wettbewerbsfähigkeit, indem sie ihre Innovations- und Flexibilitätpotentiale nutzen, oder sie bauen auf ihre ökonomische Dominanz und Machtstellung in der Region, die sie über staatliche Schutz- und Hilfsmaßnahmen abzusichern suchen, statt sich selbst besser auf dem Markt zu behaupten.

Ob und wie sich die Interessen der verschiedenen Akteure durchsetzen, hängt letztlich von den Beziehungen zwischen ihnen ab und den Formen, wie sie ihre Probleme untereinander regeln und ihre Konflikte austragen, seien es korporatistische Formen, sei es das, was im Ruhrgebiet als „Mitbestimmungskultur“ bezeichnet wird, oder seien es eher antagonistische Formen. Gerade der Strukturwandel, der durch „ein dynamisches Ungleichgewicht von Abbau und Aufbau“¹⁰ gekennzeichnet ist, verläuft nicht problem- und friktionslos. Altes und Neues, Gewinner und Verlierer treffen aufeinander, können soziale Ungleichheiten innerhalb der Region vertiefen, neue Disparitäten und auf diese Weise Konfliktherde schaffen, die den gesamten Prozess stören oder gar blockieren. Umso wichtiger sind deshalb – über die „policies“, also die problembezogenen politischen Konzepte und ihre Umsetzung hinaus¹¹ – die sozialen Integrationsmechanismen und die politische Kultur einer Region.

Die Regenerationskraft einer Region hängt insofern maßgeblich von ihrem jeweiligen gesellschaftlichen „Milieu“ ab, verstanden als „eine spezifische Konstellation von ökonomischen, sozialen, kulturellen und politischen Akteuren und Elementen mit spezifischen Organisa-

9 Rüdiger Hamm/Helmut Wienert, Strukturelle Anpassung altindustrieller Regionen im internationalen Vergleich, Berlin 1990.

10 Ebd., S. 302.

11 Vgl. dazu Jens Joachim Hesse (Hg.), Die Erneuerung alter Industrieregionen. Ökonomischer Strukturwandel und Regionalpolitik im internationalen Vergleich, Baden-Baden 1988.

tions- und Umgangsformen“.¹² Die Untersuchung der Wandlungsfähigkeit altindustrieller Gesellschaften muss infolgedessen erweitert werden. Neben wirtschafts- und politikgeschichtlichen Aspekten, unter denen der Strukturwandel gewöhnlich betrachtet wird, müssen auch gesellschaftliche und soziokulturelle Gesichtspunkte berücksichtigt und in die Analyse integriert werden. Eine solche Forschungsperspektive ist nur interdisziplinär zu bewältigen und setzt die Zusammenarbeit von Historikern mit Wirtschaftswissenschaftlern, Geographen, Soziologen, Raumplanern voraus.

Sich auf eine einzige Region zu konzentrieren, birgt die Gefahr in sich, über scheinbar Selbstverständliches aber durchaus Erklärungsbedürftiges hinwegzusehen. Ziel des Vergleichs ist es daher, gerade durch die Auseinandersetzung mit anderen, sich trotz aller Ähnlichkeiten voneinander unterscheidenden Regionen ein besseres Verständnis jeder einzelnen Region zu gewinnen. Der Blick auf das jeweils Andere schärft zugleich den Blick auf das Eigene. Der Vergleich ist in diesem Sinne jedoch nur dann reflexiv, wenn er nicht bei einer bloßen Gegenüberstellung stehen bleibt, indem bestimmte Merkmale lediglich auf ihre unterschiedliche Ausprägung in den Regionen abgefragt werden. Das Andere sollte dazu dienen, die Perspektive zu wechseln, d.h. das Eigene gleichsam zu verfremden, um darüber Besonderheiten zu erkennen, die verborgen bleiben, solange man im eigenen Horizont befangen ist.

12 Hartmut Häußermann, Ökonomie und Politik in alten Industrieregionen, in: ders. (Hg.), Ökonomie und Politik in alten Industrieregionen Europas. Probleme der Stadt- und Regionalentwicklung in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien, Basel 1992, S. 10–34, hier S. 14.